

1. Wofür möchte Ihre Partei im nächsten Haushaltsplan die Ausgaben deutlich erhöhen? (max. fünf Nennungen, ggf. in prioritärer Reihenfolge)				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Die Linke	FDP	SPD
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau und Verbesserung des Radwegenetzes sowie des ÖPNV (bessere Taktung, Planung einer Straßenbahn).</li> <li>- Hilfsprogramm für Bäume/innerstädtisches Grün (so wie wir dies mit dem 1000 Bäume-Programm schon einmal hatten), flankiert z.B. durch eine Bürgerstiftung und Patenschaften.</li> <li>- Gelder für flächendeckende Digitalisierung an Schulen inklusive Endgeräten.</li> <li>- Förderung von sozialem Wohnungsbau, z.B. durch Genossenschaftsmodelle (finanziell bedeutsam, da wir nicht alles zum höchsten Preis verkaufen, sondern guten, aber preisgünstigen Wohnraum schaffen wollen).</li> </ul> <p>(Diese Aufzählung ist nicht streng prioritär zu verstehen.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Für die CDU ist das Ziel Nr. 1 eine bessere soziale Ausgewogenheit der Bevölkerungsstruktur. Nur mit ihr bekommen wir finanzielle Handlungsspielräume für Investitionen in die Natur in unserer Stadt, die für uns dringend notwendig sind.</li> <li>- Wichtiger Schlüssel dabei ist eine stetige Verbesserung bei den Bildungsabschlüssen unserer Schülerinnen und Schüler, so dass auch hier dringend investiert werden muss.</li> <li>- In dem äußerst komplexen Geflecht von verpflichtenden Ausgaben (auf die die Stadt keinen direkten Einfluss hat, die aber zwingend getätigt werden müssen) und freiwilligen Leistungen (die leider ständig zur Disposition stehen) ist es für eine finanziell gebeutelte Stadt wie MG sehr schwer, dort zielgerichtet in geeigneter Höhe zu investieren, wo dies im Einzelfall als geboten erscheint.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die jetzige Situation wird Investitionen in freie Träger (Soziales und Kultur) nach sich ziehen müssen. Es bleibt offen, was Bund und Land im Kranken- und Pflegebereich investieren.</li> <li>- Pauschale Erhöhungen sind nicht zielführend, weil wir immer wieder erleben, wie sie dann umgeschichtet werden.</li> <li>- Unsere konkreten Projekte kann man den Haushaltsanträgen der Vorjahre entnehmen, wo es z.B. um das Grüne Klassenzimmer ging</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Es gibt hierzu keine Fraktionsmeinung, da seit 2018 keine Haushaltsklausurtagung (Doppelhaushalt 2019-2020) stattgefunden hat.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildung</li> <li>- Mobilität</li> <li>- Klima- und Naturschutz (auch in Verbindung mit Wohnungsbau, Entsiegelung und energetischen Sanierungen im Bestand)</li> <li>- Förderung von Kultur, Ehrenamt und Stadtteilentwicklung</li> <li>- Digitalisierung und Rathaus der Zukunft.</li> <li>- (Die Reihenfolge ist keine Priorisierung.)</li> </ul>

2. Ist Ihre Partei bereit, angesichts der offenkundigen personellen Unterversorgung des Umweltamtes zusätzliche Haushaltsmittel für die Einstellung neuer Mitarbeiter im Umweltamt einzuplanen?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Die Linke	FDP	SPD
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - In Zeiten des Klimawandels ist es unabdingbar, gerade den Bereich des Umweltschutzes stärker in den Fokus aller Überlegungen und Planungen zu nehmen (Ausrufung des Klimanotstandes für die Stadt MG). So sollte auch eine neue Stabsstelle für die Belange des Klimaschutzes im Umweltamt angesiedelt werden. Auch eine wirksame Kontrolle umweltrelevanter gesetzlicher Regelungen, Beschlüsse und Auflagen (z.B. Grube Flock) erfordert mehr Personal.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - Richtig ist, dass der Beitritt zum Stärkungspakt Stadtfinanzen – der gegen die Stimmen der CDU beschlossen worden ist – in den vergangenen Jahren der Stadt massive Sparanstrengungen auch im Personalbereich abverlangt hat. Während dieser Ratsperiode ist es uns gelungen, wieder finanzielle Mittel in erheblichem Umfang in eine personelle Verstärkung der städtischen Verwaltung (insbesondere auch Dezernat VI) zu investieren. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Leider werden die meisten Stellen im FB 64 als „freiwillige Personalkosten“ eingestuft, weshalb wir hier auf die Mitwirkung der Bezirksregierung/des Landes NRW angewiesen sind.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die gesamte Verwaltung leidet unter dem Personalabbau der letzten Jahrzehnte, der jetzt nur gebremst ist. Wir brauchen aber Neuanstellungen, auch im Bereich Umwelt, allerdings vor allem in der Verkehrsplanung, um ÖPNV und Radwege auszubauen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nein! - Es liegen der Fraktion keine Informationen über eine personelle Unterversorgung des Umweltamtes vor.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - Der Fachbereich Umwelt hat eine große Expertise. Deshalb war es uns wichtig, den Klimaschutzmanager dauerhaft zu beschäftigen, unabhängig von Fördergeldern. Die Bewältigung der Folgen des Braunkohletagebaus muss weiter in den Fokus rücken. Auch hier bestehen bereits wichtige Kompetenzen bei den Mitarbeitenden. Eine engere Kooperation zwischen Verbänden, Initiativen, Politik und Verwaltung ist darüber hinaus wünschenswert. Wenn es dafür eine personelle Ausweitung geben muss, müssen wir im Dialog mit den Beschäftigten klären, wie diese aussehen kann.</li> </ul>

<b>3. Befürwortet Ihre Partei den Vorschlag, das Umweltamt zu verpflichten, einen jährlichen Umweltbericht im Umweltausschuss vorzulegen (u.a. zum Landschaftsplan, Kompensationsflächenkataster, zu Baumfällungen und Neupflanzungen außerhalb des Forstes)?</b>				
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Die meisten Belange, die den Umweltschutz betreffen oder die Auswirkungen auf Klima und Umwelt haben, wurden aus den politischen Gremien ausgelagert und werden jetzt nur noch im Verwaltungsrat der Mags entschieden. Dadurch sind dem Rat der Stadt und damit der Politik wichtige Entscheidungsfelder entzogen worden. Dem kann durch eine regelmäßige Berichterstattung im Umweltausschuss zumindest teilweise entgegengewirkt werden. Eine solche Verpflichtung sollte z.B. auch einen regelmäßigen aktuellen Bericht über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß beinhalten, der auf dem Gebiet der Stadt jährlich anfällt (besonders in Bezug auf den Verkehr), damit die Politik lenkende Maßnahmen auf den Weg bringen kann.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verwaltung, Mags und hierbei insbesondere auch das Umweltamt erfüllen ihre Berichtspflichten gewissenhaft, erschöpfend und sorgfältig. Im Ratinformationssystem der Stadt sowie auf der Homepage der Mags (z.B. Baumfällliste) stehen die Informationen auch für interessierte Bürger jeweils aktuell und transparent zur Verfügung. Wenn die Frage also lautet, die seit Jahren etablierten Umweltberichte fortzuführen, lautet unsere Antwort „ja“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nein! - Die Berichte gibt es regelmäßig, jedoch ist ihre Aussagekraft oft gering (z.B. 4169/IX Bericht Kompensationsflächenmanagement). Die Berichte zusammengefasst und jährlich zu bringen wird dieses Manko nicht beheben. Wichtiger sind offene Daten (OpenData), so dass z.B. Kompensationsflächen oder Artenschutz-Zahlen von allen eingesehen und kontrolliert werden können.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nein! - Der Umweltausschuss wird schon über die genannten Themen unterrichtet. Weitere Verpflichtungen sind deshalb nicht notwendig.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Wir wollen, dass es klare Kennzahlen für den Umwelt-, Klima- und Naturschutz gibt. Dazu zählen Angaben zu versiegelten Flächen, neu gepflanzten Bäumen, der Entwicklung der Artenvielfalt usw. Diese Kennzahlen müssen in ein gesamtstädtisches Controlling einfließen. Nur so lassen sich Maßnahmen auf ihren Erfolg prüfen und laufend evaluieren. Welche Form dieses Berichtswesen hat, muss geklärt werden. Wir wollen keine unnötige Bürokratie, die kaum Ergebnisse bringt.</li> </ul>

<b>4. In Mönchengladbach sind von 1994 bis 2018 insgesamt 1.190 ha an landwirtschaftlicher Nutzfläche verloren gegangen. Das entspricht einem Flächenverbrauch von 50 ha (= 70 Fußballfeldern) pro Jahr.- Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Flächenverbrauch zu reduzieren oder ganz zu vermeiden</b>				
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Reduzierung des Flächenverbrauchs für Bebauung, vor allem in Außenbereichen.</li> <li>– Deutliche Begrenzung des Flächenfraßes auch dadurch, dass die flächenintensive Ansiedlung von Logistikern in Zukunft eingeschränkt wird (Vermeidung eines neuen Gewerbegebiets Mackenstein).</li> <li>– Entsiegelung von industriellen Brachflächen und Renaturierung von Flächen (wie im ehemaligen JHQ).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Mit der auf Initiative der CDU im Rat beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie „mg+ Wachsende Stadt“ verfolgt die Stadt bereits mit Hochdruck eine nachhaltige und schonende Flächenpolitik. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Aktivierung und intensive Nutzung von Konversions- und Sanierungsflächen statt neuen Flächenverbrauchs (z.B. Seestadt mg+, Maria-Hilf-Terrassen, REME-Gelände).</li> <li>– Darüber hinaus werden Zielvereinbarungen mit den städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften angestrebt, durch die z.B. geeignete Innenentwicklungsflächen wie städtische Baulücken bedarfsgerecht und projektbezogen entwickelt werden sollen. Auch der geplante Rathaus-Neubau in Rheydt – und nicht auf der „grünen Wiese“ – steht beispielhaft für diese Stadtentwicklungspolitik.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir achten bei Bauvorhaben grundsätzlich immer sehr darauf, dass nicht unnötig Flächen versiegelt werden, bzw. kritisieren es scharf, wenn auf der „grünen Wiese“ Gewerbegebiete entstehen sollen, die neben Versiegelung noch Verkehr zur Folge haben.</li> <li>– Der kommunale Flächennutzungsplan folgt jedoch auch den Vorgaben des Landesentwicklungsplans, somit lässt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Für kleinteilige Flächen (Neubaugebiete) können Flächen in der Stadt (alte Industrieflächen) umgewidmet werden.</li> <li>– Für dringend neu gebrauchte Industriegebiete (wie z.B. Güdderath oder Nordpark) wird sich ein gewisser Flächenverbrauch nicht vermeiden lassen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir fühlen uns dem Gebot der Innenentwicklung verpflichtet, um eine sozialverträgliche Wohnungspolitik mit ökologischer Verantwortung zu verbinden.</li> <li>– Wir setzen auf Nachverdichtung und Aufstockung statt auf die Umwandlung von landwirtschaftlicher Fläche zu Bauland.</li> <li>– Wir wollen, dass leer stehende Gebäude der Stadt und privater Eigentümer konsequent entweder ertüchtigt und zu neuen Wohnformen umgebaut oder abgerissen und entsiegelt werden. Dazu gehört es unter anderem, Industriebrachen, die nicht mehr benötigt werden, zu entsiegeln. Hier spielt auch die konsequente Bekämpfung von Leerstand eine zentrale Rolle. Die Renaturierung des ehemaligen JHQ mit seinen 471 ha führt zu einer großzügigen Ausdehnung von bewaldeten Flächen auf einer versiegelten ehemaligen Militärfäche.</li> <li>– Bei großflächig versiegelten Flächen ist aus unserer Sicht von der Verwaltung zu prüfen, inwieweit Ent-</li> </ul>

		sich nicht alles kommunal regeln.		siegelungen, Begrünungs- sowie Versickerungsmulden in der Stadt möglich sind.
--	--	-----------------------------------	--	---

**5. Welche der folgenden Maßnahmen hält Ihre Partei für erforderlich, um den extremen Hitzebelastungen der Wohnbevölkerung im Sommer infolge des Klimawandels entgegenzuwirken?**

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Die Linke	FDP	SPD
-----------------------	-----	-----------	-----	-----

**(a) Partiiell innerstädtische Parkraumflächen in neue, auch kleine Grünflächen umnutzen.**

<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - Vor allem im Innenstadtbereich können neue grüne Oasen und die Anpflanzung von mehr Bäumen das Klima erheblich verbessern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - Dieser Ansatz wird bereits verfolgt, siehe das aktuelle Beispiel Projekt Ferdinandstraße.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Schaffung von mehr Grünflächen durch Flächenentsiegelung ist auf jeden Fall zu begrüßen. Deswegen haben wir seit 2010 ein Kataster gefordert, das unnutzbare Brachen identifiziert.</li> <li>- Jedoch sollten Parkplätze, die entlang des Straßenrandes liegen, zum Ausbau der Radwege-Infrastruktur herangezogen werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nein! - Es gibt auch heute schon einen gewissen Parkraumdruck in der Stadt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Parkende Autos verbrauchen in der Stadt viel Platz – Platz, der unter anderem für den Ausbau von Radwegen gebraucht wird.</li> <li>- Wir müssen den Platz in der Stadt gerecht zwischen Wohnen, Mobilität, Arbeit, Freizeit und natürlich auch Umwelt und Natur aufteilen.</li> <li>- Dazu gehört eine Ausweitung der Flächen für Straßenbäume und neue Grünflächen.</li> <li>- Gleichzeitig müssen wir die vorhandenen Bäume in den Blick nehmen und an vielen Stellen die Baumscheiben vergrößern. Dabei wird es unerlässlich sein, zum Schutz und Erhalt der Bäume Parkraum umzuwandeln.</li> <li>- Insgesamt streben wir einen Mix an Maßnahmen an, die teilweise schon realisiert werden: Staudenpflanzungen, Blumenwiesen, Grünstreifen, mobile Grünelemente in den Stadtteilzentren (wo keine Bepflanzung möglich ist) und mehr Wasserflächen.</li> <li>- Die neue Mobilitätssatzung, die die alte Stellplatzverordnung abgelöst hat, geht in die richtige Richtung.</li> </ul>
---	---	---	---	---

**(b) Ausreichend große Baulücken in verdichteten Wohnquartieren auch als Grünflächen gestalten, statt nur baulichen Lückenschluss vorzunehmen.**

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Die Linke	FDP	SPD
-----------------------	-----	-----------	-----	-----

<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - Wir setzen uns ein für den Ausbau von Grünflächen und Parkanlagen sowie ökologischen Nutzflächen auch und vor allem im innerstädtischen Bereich.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - Dies ist ebenfalls bereits Ziel der städtischen Wohnungsbau politik im Rahmen der Stadtentwicklungsstrategie mg+, insbesondere bei Neubauprojekten (aktuelles Beispiel etwa Venn).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Brachflächen und somit auch Baulücken sollten grundsätzlich temporär in Blühwiesen umgewandelt werden. Diese können mit wenig Aufwand entstehen und sind schnell wieder zurückgebaut. Jedoch wird in unserer Stadt dringend günstiger Wohnraum benötigt, der in den bestehenden Baulücken entstehen sollte statt in bestehenden Grünzügen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nein! - Dies würde den Flächenverbrauch an landwirtschaftlichen Flächen nach außen vergrößern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ja! - Es kommt darauf an, Wohnungsbau und Naturschutz gemeinsam zu denken und nicht gegeneinanderzusetzen. Die Planung zur Seestadt von Catella zeigt, wie Wasser, Grünflächen und energieeffiziente Gebäude harmonieren können.</li> <li>- Gründächer und nachhaltiges Bauen sind auch in kleineren Gebieten eine Option.</li> <li>- Das Leben in der Großstadt braucht Freiräume. Daher werden wir ausreichend große Baulücken in Neubaugebieten einfordern und diese auch in den Bebauungsplänen zum Schutz der Bevölkerung umsetzen.</li> <li>- Aus unserer Sicht ist auch ein gesamtstädtisches Konzept für Freiräume sinnvoll.</li> <li>- Zudem müssen Erholungsgebiete in der Stadt vernetzter sein als bisher. Um sie zu schützen, wollen wir zusätzliche Wohnungen vor allem auf solchen Flächen schaffen, die bereits intensiv genutzt werden.</li> </ul>
--	--	--	--	--

<b>(c) Umfangreiche Neupflanzungen von Straßenbäumen (5.000 bis zum Jahr 2030) durchführen (zusätzlich zu den Ersatzpflanzungen).</b>				
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Außer den Neuanpflanzungen von Stadtbäumen halten wir auch Neuanpflanzungen im städtischen Forst für erforderlich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Unter dem Vorbehalt, dass die Lage es zulassen sollte, Ausgaben zu erhöhen, würden wir die zu erwartende höhere Zahl an zu fallenden Bäumen wegen der Klima- und Krankheitsfolgen kompensieren, so dass mindestens eine 1:1 Kompensation sichergestellt werden kann.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Baumpflanzungen sind immer zu befürworten. Es sollte aber bei den Baumarten darauf geachtet werden, dass diese mit den aktuellen und zukünftig noch zu erwartenden klimatischen Bedingungen zu recht kommen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nein! - Über eine feste Zahl an zu pflanzenden Bäumen möchten wir der Mags keine Vorgaben machen. Die Anzahl der Bäume in der Stadt wächst auch ohne diese Vorgaben.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Die Neupflanzung von 5.000 Straßenbäumen bis Anfang der 2030er Jahre ist realistisch. Bisher stehen 150.000 Euro zur Verfügung. Für ca. 500 Bäume pro Jahr müssten es 500.000 Euro sein. Wir sind bereit, mehr Geld zur Verfügung zu stellen.</li> <li>– Allerdings müssen wir auch die vorhandenen Straßenbäume in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass sie sich den veränderten klimatischen Bedingungen anpassen können. Hier spielt vor allem der Platz für versickerndes Wasser (etwa bei Starkregenereignissen) eine Rolle.</li> <li>– Die Baumarten müssen selbstverständlich an aktuelle sowie kommende klimatische Verhältnisse angepasst werden.</li> </ul>
<b>(d) Verbindliche Vorschriften für die Begrünung neuer Wohn-/Gewerbegebäude und -flächen erlassen (z.B. Dachbegrünungssatzung, naturnahe Gestaltung nicht überbauter/genutzter Flächen).</b>				
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Ökologische Zielsetzungen wie Dachbegrünung, Regenwassernutzung, Photovoltaik, Grünplanung u.v.a.m. müssen mehr und verbindlich mit in die Bauleitpläne einfließen, außerdem Vorgaben/Verbote für Schottergärten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Dies wird bei Neubauprojekten bereits berücksichtigt. Als CDU setzen wir hierbei allerdings angesichts des Eingriffs in private Eigentumsrechte auf Freiwilligkeit, intensive Beratung durch die Stadt und Sensibilisierung durch besonders geförderte Programme wie „Blühendes Mönchengladbach“.</li> <li>– „Naturnahe Gestaltung nicht überbauter/genutzter Flächen“: siehe hierzu die Anpflanzung von Straßenbegleitgrün durch die Mags sowie städtische Streuobstwiesen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja! - Eine solche Festlegung in Bebauungsplänen hatten wir vor einiger Zeit bereits beantragt und auch unser Antrag zu nachhaltigem Bauen weist in diese Richtung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nein! - Auch heute werden bei größeren Neubaugebieten schon Vorgaben über den Grünflächenanteil gemacht, siehe die Pläne für Seestadt, REME-Gelände oder Maria-Hilf-Terrassen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nein (vorerst)! - Es ist davon auszugehen, dass es bei den Großprojekten Maria-Hilf, City Ost und auf dem REME-Gelände begrünte Flachdächer geben wird. Und beim Rathausneubau denken wir nicht nur über ein begrüntes Dach nach, sondern auch über eine begrünte Fassade.</li> <li>– Mit dem städtischen Gebäudemanagement wurde abgesprochen, dass für 2020 und 2021 geplante Dachsanierungen auf kleineren Dächern geprüft wird, ob zumindest für Demonstrations- und Beispielzwecke eine Dachbegrünung umgesetzt werden kann.</li> <li>– Diese Beispiele zeigen, dass vieles möglich ist, wenn es gewollt wird und die technischen Voraussetzungen vorliegen. Wir wollen die Menschen motivieren und Verbindlichkeiten an unseren strategischen Zielen ausrichten.</li> </ul>

6. Welche Maßnahmen will Ihre Partei kurzfristig ergreifen, um das ÖPNV-Angebot zu verbessern?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Die Linke	FDP	SPD
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wenn möglich, die jetzigen Planungen des Busbahnhofs verhindern und neue, zukunftstaugliche Planungen vorlegen.</li> <li>– Kostengünstigere Tickets für die ÖPNV-Nutzung.</li> <li>– Bessere Anbindung von Bus und Bahn (Herrath, Lürrip, Wickrath, Odenkirchen).</li> <li>– Bessere Taktzeiten in Außenbereichen und zu Abendstunden.</li> <li>– S-Bahnanschluss zur Hochschule und nach Rheydt.</li> <li>– Ausbau der S 28 von Kaarst nach Viersen mit Anbindung in Neuwerk.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Obwohl es auch im Bereich des ÖPNV ursprünglich Kürzungs- und Sparauflagen gegeben hat, setzte die CDU im Rahmen der Ratskooperation mit dem neuen Linienkonzept seit 2014 stufenweise eine Ausweitung des ÖPNV-Angebots in Mönchengladbach durch.</li> <li>– Flankiert wird diese Stärkung des ÖPNV zum Beispiel auch mit dem neuen Angebot der NEW an Senioren, ein zweimonatiges kostenfreies Nahverkehrs-Abo im Austausch gegen den Führerschein zu erhalten. Diese Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV im Stadtgebiet werden wir fortsetzen.</li> <li>– Zusätzlich sind wir Treiber in Sachen Sharing-Modellen, die wir ebenfalls als Teil einer modernen ÖPNV-Struktur und als geeignete Alternative zur Fahrt mit dem eigenen PKW betrachten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir brauchen den Ausbau zu einem flächendeckenden, kostenlosen Angebot rund um die Uhr an allen Wochentagen in kurzer Taktung mit Ringverbindungen, die derzeit fehlen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir haben als Fraktion mehrere Anträge gestellt, um zumindest keine Verschlechterung herbeizuführen. Themen waren hier z.B. der Busverkehr auf der Hindenburgstraße oder einen leistungsfähigen ZOB sicherstellen.</li> <li>– Ob darüber hinaus eine Erweiterung des Liniennetzes oder der Taktung notwendig ist, wurde in der Partei und Fraktion nach dem Ausbau des ÖPNV bis Dezember 2019 noch nicht diskutiert.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir haben bereits einiges erreicht. Mit dem neuen Liniennetzplan, einem City-Takt und mehr Barrierefreiheit machen wir den Busverkehr attraktiver.</li> <li>– Als nächste Punkte streben wir an, das Preissystem mit dem VRR gemeinsam günstiger und verständlicher zu gestalten, den Busverkehr verlässlicher zu machen und On-Demand-Verkehr als Alternative zu starren Routen anzubieten.</li> <li>– Wir wollen auf alternative Antriebsarten setzen und für bestimmte Strecken autonom fahrende Busse oder auch neue Schienenverbindungen/Straßenbahn testen.</li> <li>– Auch bestehende Eisenbahnstrecken können wieder für den Personenverkehr geöffnet werden. So läuft derzeit eine Machbarkeitsstudie für die Güterstrecke entlang der Südstraße für einen Haltepunkt Hochschule. Hier kann uns der Strukturwandel helfen, um Fördermittel zu erhalten.</li> <li>– Die Digitalisierung wird dazu beitragen, dass sich mehr Menschen besser im ÖPNV orientieren können und der Busverkehr insgesamt flexibler wird. Wir wollen die Verkehrsarten nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander verbinden, um den Umstieg verlässlich, sicher und bequem zu machen.</li> </ul>

7. Mit welchen anderen Anreizen möchte Ihre Partei die Bürger zum Umstieg vom Pkw auf umweltfreundliche Verkehrsmittel bewegen?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Die Linke	FDP	SPD
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Radwegenetz ausbauen und verbessern (u.a. Sicherung der Nutzbarkeit im Winter durch Winterräumdienste).</li> <li>– Neuzuschnitt der städtischen Verkehrsräume zugunsten des ÖPNV, des Radverkehrs und der Fußgängerbereiche.</li> <li>– Dienstfahrräder für städtische Mitarbeiter(innen) zur Verfügung stellen.</li> <li>– Kosten für die Parkraumnutzung für PKW im innerstädtischen Bereich erhöhen.</li> <li>– Städtische Mitarbeiter(innen) sollten ebenfalls eine Parkpauschale zahlen, wenn sie mit dem PKW zur Arbeit kommen.</li> <li>– Tempo 30 in der gesamten Stadt mit Ausnahme von Verbindungsstraßen zwischen Ortschaften.</li> <li>– Autofreie Innenstädte.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stärkung des Fahrradverkehrs, des Schienenverkehrs für Pendler und der E-Mobilität.</li> <li>– Förderung/Entwicklung von innovativen Projekten wie Flugtaxi am Flughafen (Forschungsprojekt Skycab).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Neben dem Ausbau des ÖPNV braucht es den flächendeckenden Ausbau der Radwege-Infrastruktur.</li> <li>– Die Radwege müssen dabei sicher und komfortabel sein (Protected Bikelane).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ende-zu-Ende-Ticket.</li> <li>– bessere Anschlüsse zur Bahn.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Der Ausbau von sicheren Fahrradwegen hat eine hohe Priorität.</li> <li>– Zusammen mit Arbeitgebern wollen wir Anreize schaffen, mit dem Fahrrad oder Bus zur Arbeit zu kommen.</li> <li>– Umstiegsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln sind genauso wichtig wie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im öffentlichen Raum. Hier spielen eine digitale Vernetzung der Verkehrsarten, Park&amp;Ride-Flächen sowie Sharing-Angebote eine entscheidende Rolle.</li> <li>– Gerade für Kinder und Ältere müssen wir den Nahverkehr sicher gestalten. Die Sozial Holding hat mit ihrem Projekt „UrbanLife+“ den richtigen Weg eingeschlagen, um gerade Senior(inn)en zu unterstützen, selbstständig durch die Stadt zu kommen. Wir dürfen den Fußgängerverkehr nicht an letzter Stelle betrachten.</li> </ul>

<b>8. Wie beurteilt Ihre Partei folgende Anregung?- Bei jeder geplanten investiven Maßnahme der Stadt ist vor der Beschlussfassung eine Stellungnahme des Klima-Controllings erforderlich, die – neben der „Finanzwirksamkeit“ – eine Aussage zur Klimaverträglichkeit (CO<sub>2</sub>-Belastung) enthält?</b>				
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir hatten bereits im Rat den Antrag „Klimanotstand“ eingebracht und unterstützt. Demnach sollten alle Maßnahmen dahingehend überprüft werden. Für diesen Antrag gab es keine Mehrheit, er wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Wir werden dies im neuen Rat erneut fordern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Dies ist eine symbolische Maßnahme, die keinen Effekt auf das Klima in unserer Stadt hat. Ähnlich wie bei den Themen „Finanzwirksamkeit“ und „Familienfreundlichkeit“ besteht die Gefahr, dass eine solche Richtlinie als Papiertiger endet. Denn nur mit einer fundierten Analyse einer jeden Maßnahme, die dann im jeweiligen Antrag hinterlegt ist, wäre ein solcher Punkt sinnvoll. Dies kann nicht sichergestellt werden, insbesondere wegen der Personalsituation der Stadt.</li> <li>– Wichtiger wäre, sich auf die maßgeblichen Inhalte zu konzentrieren statt auf derartige Verfahrenskomponenten ohne echte Ergebnisse.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Einen gleichlautenden Antrag hatten wir bereits gestellt, daher befürworten wir dies.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir wollen an dieser Stelle die Verwaltung nicht noch weiter belasten, denn dies würde einen erheblichen personellen Aufwand bedeuten. Falls das Umweltamt personell unterversorgt ist (s. Frage 2), dann ist die Personaldecke im Umweltamt jetzt schon zu klein.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Alle Maßnahmen müssen in eine Gesamtstrategie passen. Diese Gesamtstrategie muss eine nachhaltige Stadt als Ziel haben. Wir wollen, dass die Zielerreichung bei jedem Projekt mitgedacht und erkennbar wird. Das umfasst allerdings mehr Aspekte als die Auswirkungen auf die Klimaverträglichkeit.</li> </ul>

<b>9. Welche Klimaschutzmaßnahmen sollen nach Vorstellung Ihrer Partei in der kommenden Wahlperiode vorrangig umgesetzt werden? (max. 5 Nennungen)</b>				
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Neu- und Ausbau des Radwegenetzes und Maßnahmen der Verkehrslenkung.</li> <li>– Reduzierung des Flächenverbrauchs.</li> <li>– Umfangreiche Begrünungsmaßnahmen.</li> <li>– Ausrufung des Klimanotstandes für die Stadt Mönchengladbach.</li> <li>– Neue Stabsstelle für die Belange des Klimaschutzes im Umweltamt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ausweitung des innerstädtischen Grüns, um der Aufheizung des Klimas in den urbanen Gebieten unserer Stadt entgegenzuwirken.</li> <li>– Schaffung von Natur- und Biotopflächen und Fortführung der insektenfreundlichen Umgebungen auf öffentlichen Grünflächen zum Erhalt der Biodiversität.</li> <li>– Schaffung eines gesonderten Preises für die Renaturierung von (Vor-)Gärten im Zuge einer Kampagne gegen „Steingärten“.</li> <li>– Kennzeichnung lokaler Lebensmittel, um die klimaschonende Nahrungsmittelproduktion vor der eigenen Haustüre zu fördern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Vieles wurde bei den vorherigen Fragen bereits benannt und vieles haben wir schon beantragt.</li> <li>– Es ist darüber hinaus auch wichtig, an einem langfristigen sozial-ökologischen Stadtumbau zu arbeiten, autofrei und klimafreundlich.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Die Stadt Mönchengladbach kann durch einen geänderten Mobilitätsmix etwas Positives zum Klimaschutz beitragen. Dazu müssen ÖPNV und Radverkehr deutlich attraktiver werden.</li> <li>– Für die Ein- und Auspendler sollte die Taktung des städtischen ÖPNV an die der Bahn angepasst werden. Es muss ein ÖPNV-Konzept mit unseren Nachbarn erstellt werden.</li> <li>– Der neue ZOB soll als Pilotprojekt für die digitale Steuerung der ÖPNV-Kapazitäten dienen.</li> <li>– Für den Radverkehr benötigen wir leistungsfähige Radwegetrassen. Zwei Ost-West-Verbindungen und eine Nord-Süd-Verbindung sind unerlässlich</li> <li>– Ein Ende-zu-Ende-Ticket, eine Ausdehnung des Bike-Sharing-Konzepts und ein modernes Nachtverkehrs-/Wochenendkonzept im ÖPNV sind weitere Punkte, den Wechsel zu einer neuen Mobilität einzuläuten.</li> <li>– Ein weiterer Punkt ist die Ausstattung von städtischen Gebäuden, insbesondere des neuen ZOB, mit Solarzellen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Öffentliches Grün und ökologische Vielfalt stärken und zukunftsfähig machen.</li> <li>– Mobilität verändern (Umsteigen, umweltfreundliche Antriebsarten wie Wasserstoff).</li> <li>– Energieerzeugung ändern (Wind, Sonne: Bürger-Solar bzw. Contracting auf öffentlichen Dächern).</li> <li>– Mit der Hochschule Niederrhein an nachhaltiger Logistik und Produktion forschen.</li> <li>– Eine ökologische Landwirtschaft.</li> </ul>

<b>10. Wie steht Ihre Partei zu der Anregung, sachkundige Bürger in den Umweltausschuss zu berufen, die von den Umweltschutzvereinen benannt werden?</b>				
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>CDU</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Diese Anregung ist positiv zu bewerten, wenn dem Umweltausschuss wieder mehr Kompetenzen zugesprochen werden.- Außerdem möchten wir ein Rederecht im Ausschuss für Beschwerden und Anregungen einführen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Benennung von sachkundigen Bürgern obliegt gemäß Gemeindeordnung NRW dem Rat der Stadt Mönchengladbach. Ein Vorschlagsrecht für Verbände sieht das Gesetz nicht vor – einzige Ausnahme bildet hier der Jugendhilfeausschuss. Insofern wäre das Land NRW der richtige Adressat für eine solche Forderung.</li> <li>- Schon heute hat die CDU allerdings sachkundige Bürger in unterschiedliche Gremien entsandt, die nicht Mitglied der Partei sind. Dies ist für uns aber die Ausnahme bei besonderer Fachkompetenz und nicht die Regel, da wir gerade in diesen schwierigen Zeiten das Bekenntnis zu einer Partei der demokratischen Mitte im Sinne des Erhalts unserer Gesellschaft für essentiell wichtig halten.</li> <li>- Zudem sind aus unseren Reihen bereits heute Mitglieder unserer Fraktion gleichzeitig Mitglied in Natur- und Umweltschutzverbänden. Daher empfehlen wir, den Austausch mit den Parteien und den eigenen Mitgliedern zu intensivieren, um so eine stärkere Netzwerkarbeit realisieren zu können, die wir ausdrücklich befürworten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Es gibt bereits viele Möglichkeiten in dieser Stadt sich einzubringen. Das bedeutet nicht, dass das Eingbrachte auch an entsprechender Stelle Gehör findet. Dies würde sich auch mit der Schaffung weiterer Einbringungsmöglichkeiten nicht ändern.</li> <li>- Daher wäre die Umsetzung unseres Antrags zur Prüfung von Beratungsgegenständen auf Klimaverträglichkeit analog zur Finanzwirksamkeit und Familienfreundlichkeit zielführender.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Es gibt im Umweltausschuss schon heute Mitglieder (sE) ohne Stimmrecht. Weitere stimmberechtigte Mitglieder vergrößern nur das Gremium.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Experten und Bürgerinitiativen müssen gehört und wertgeschätzt werden. Dafür braucht es einen dauerhaften Dialog mit der Stadtverwaltung und den politischen Entscheidungsträgern. Als Oberbürgermeister wird Felix Heinrich diesen Dialog vorantreiben.</li> <li>- Ob eine beratende Mitgliedschaft in einem Fachausschuss der richtige Weg ist oder es eigene Konsultationskreise braucht, muss im Gespräch mit den Fachvertretern gemeinsam geklärt werden.</li> <li>- Wir wollen, dass die gesamte Vielfalt gehört wird und keine Vorauswahl stattfinden muss.</li> <li>- Die fachliche Mitwirkung von Natur- und Umweltschutzvereinen wird bereits im Naturschutzbeirat vielseitig geschätzt.</li> </ul>